

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3,00, monatlich 1,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeitspalte oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 257.

Donnerstag, den 1. November 1917.

24. Jahrg.

## Parteigenossen!

Das deutsche Proletariat hat in dieser Zeit weltgeschichtlicher Geschehnisse große Aufgaben zu erfüllen.

Inmitten des schrecklichen Weltbrandes, der Millionen von Menschenleben vernichtet und unübersehbare Wirtschaftsgüter zerstört, zeigt sich klar und deutlich die Unhaltbarkeit des bisherigen Regierungssystems in Deutschland.

Unsere Brüder und Söhne im Waffenrock leisteten Unerschrockenes an Tapferkeit und Opfermut. Das deutsche Volk erträgt mit bewundernswerter Ausdauer alle Nöte des Krieges. Jederzeit zum Frieden bereit, kämpft und duldet es, um die Heimat zu verteidigen, nicht um Eroberungen oder sonstige Beute zu machen. Wiederholt wurde das vor aller Welt bekundet; von den Sozialdemokraten seit Anbeginn des Krieges, von der deutschen Volksvertretung ganz unzweideutig durch die Entschliessung vom 19. Juli 1917. Die Reichsregierung, die wiederholt ihre Bereitschaft zu Friedensverhandlungen ausgesprochen, hat sich in ihrer Antwort auf die Papstnote zu dieser Entschliessung des Reichstages bekannt.

Die gegnerischen Regierungen wollen die Fortführung des Krieges; sie wissen, daß ihre Friedensziele nur nach der vollständigen Niederwerfung Deutschlands verwirklicht werden könnten.

Angesichts dieser Tatsache ist die Stellung der deutschen Sozialdemokratie gegeben. Der Würzburger Parteitag hat die bisherige Taktik der Sozialdemokratie gebilligt und auch die Forderungen gutgeheißen und zu den seinigen gemacht, die die parlamentarischen Vertreter der Partei im Kriege hinsichtlich der Demokratisierung aller unserer öffentlichen Einrichtungen aufgestellt haben.

Wir kämpfen jetzt in erster Linie für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen. Das ist die wichtigste Frage der deutschen Politik. Wir verlangen die Autonomie für Elsaß-Lothringen im Rahmen des Reiches. Der Belagerungszustand und die politische Zensur müssen beseitigt werden.

Die öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeiter-Interessen durch Arbeitskammern muß durchgeführt, das Koalitionsrecht muß sichergestellt werden.

Die ausreichende Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln ist die dringlichste Aufgabe. Der Lebensmittelwucher muß unmöglich gemacht werden. Erfüllt werden müssen die Forderungen nach auskömmlicher Hilfe für alle Notleidenden. Die Soldaten müssen vor jeglicher Willkür geschützt werden.

In allen diesen Fragen ist das Klassenbewußte Proletariat einig. Wenn es trotzdem organisatorisch gespalten ist, so ist das in seinem eigenen Interesse zu beklagen. Nur wenn der Kampf in geschlossenen Reihen geführt wird, ist der Erfolg gewiß. Der Kampf, den die Sozialdemokratie zu führen hat, wird umso schwerer sein, wenn der Versuch gelingt, die gesamte Reaktion in der deutschen Vaterlandspartei zusammen zu schweißen.

Die deutsche Vaterlandspartei verlängert den Krieg durch ihre Eroberungs- und Vergewaltigungspläne; sie will nichts wissen von einem Frieden der Verständigung; ihre bekanntesten Vertreter sind Gegner jedweder Demokratisierung. Sie wollen aufrechterhalten, was nach der Ueberzeugung aller Einsichtigen fallen muß: die Vorherrschaft der Geldmacht und die Privilegien der Geburt. Aus den Millionen und aber Millionen, die die Schwerindustrie als Kriegsgewinne einsteckt, wird die Reaktion gespeist, werden Zeitungen aufgekauft, die die öffentliche Meinung zugunsten der Junker und Schwerindustriellen beeinflussen. Der Kampf gegen die Vaterlandspartei, die behauptet, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihr stehe, muß auf der ganzen Linie geführt werden. Es wird sich dann zeigen, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes den Verständigungsfrieden und die freiheitliche politische Entwicklung will. Wir fordern die Genossen auf, allerorts Versammlungen abzuhalten, um dem Volkswillen Ausdruck zu geben.

Wie schwer die wirtschaftlichen Kämpfe sein werden, die nach dem Krieg geführt werden müssen, liegt klar auf der Hand. Dort ein geeintes Unternehmertum, verbunden mit den Vorkämpfern der politischen Reaktion und unterstützt durch zahlreiche Behörden — hier die Arbeiterklasse im Bruderzwang. Auf diese ersten Tatsachen hat der Würzburger Parteitag mit aller Deutlichkeit hingewiesen und die notwendigen Schlussfolgerungen daraus gezogen. Wegen

## Schlag auf Schlag in Italien.

Den glänzenden Erfolgen der deutschen und österreichischen Truppen an der italienischen Front hat sich ein weiterer zugesellt.

**60 000 Italiener**

haben in der Friaulischen Ebene

die Waffen gestreckt.

Damit ist die Gesamtzahl der Gefangenen aus der jetzigen Isonzo-Offensive auf

**180 000**

gestiegen.

Das ist ein Erfolg, der selbst in der Geschichte dieses Krieges einzig dasteht.

Sinzu kommt noch, daß neben den Gefangenen auch noch mehrere hundert Geschütze in die Hände der Sieger gefallen sind. Die Zahl der insgesamt

erbeuteten Geschütze

beträgt

**mehr als 1500.**

Solche Schläge kann ein Land wie Italien nicht aushalten; sie wirken vernichtend. Und sie werden hoffentlich dazu beitragen, uns dem heißersehnten Frieden ein gut Stück näher zu bringen.

Berlin, 1. November. (Amtlich.) Se. Majestät der Kaiser hat für den 1. November für Preußen und Elsaß-Lothringen Flaggen und Viktoriafahnen angeordnet.

Bei der Verfolgung in der Friaulischen Ebene haben gestern hart östlich des unteren Tagliamento 60 000 Italiener mit mehreren hundert Geschütze die Waffen gestreckt. Der bisherige Gewinn der 12. Isonzo-Schlacht ist damit auf 180 000 Gefangene und mehr als 1500 Geschütze gestiegen. Die italienische Armee hat eine schwere Niederlage erlitten.

die Arbeiter erkennen, was für sie auf dem Spiele steht und mögen auch sie daraus die richtigen Nutzenwendungen ziehen!

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, alle Kräfte anzuspannen, um die Organisationen zu stärken und unserer Presse immer weitere Verbreitung zu sichern. Weit über die Reihen der industriellen Arbeiterschaft hinaus beobachten Millionen aus der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, die uns bisher fern standen, mit Spannung und Sympathie die politische Tätigkeit unserer Partei. Auch diese Kreise gilt es zu gewinnen und dauernd an die Partei zu fesseln.

Arbeiter! Parteigenossen! Seid Euch des ganzen Ernstes unserer Zeit bewußt!

Jetzt wird Deutschlands Zukunft geschmiedet und die Zukunft der Arbeiterklasse mit. Mit Geschick und Kraft müssen wir die Hämmer schwingen, wenn wir die Interessen des werktätigen Volkes wirksam vertreten wollen.

Parteigenossen! Ihr kennt die Bedeutung der Organisationen bei der Führung unserer Kämpfe und Ihr wißt, daß die Presse unsere beste Waffe ist im Kampfe für Frieden, Brot und gleiches Recht.

Seid pflichtbewußt!

Berlin, den 31. Oktober 1917.

**Der Parteivorstand.**

Bartels. Braun. Ebert. Ernst. Juchacz. Mollenhuth. Müller. Pfannkuch. Scheidemann. Wels.

## Zwei neue Friedensprogramme.

Stockholmer „Sozialdemokraten“, Brantings altes Blatt, widmet dem Würzburger Parteitag einen längeren Leitartikel, der den großen Erfolg der Parteileitung anerkennen muß. Er führt diesen Erfolg etwas einseitig darauf zurück, daß die Torheiten der Michaelis, Stein, Helfferich und Capelle die deutsche Sozialdemokratie zum ersten Male wieder im Kampf gegen den kaiserlichen Militarismus und seine Feindbuden geeinigt hätten, und er hofft von der Weiterwirkung dieser Ereignisse die vollständige Wiedervereinigung. Denn die Partei werde jetzt von der Masse frei werden, in der Mehrheit zu herrschen, von der sie in Wahrheit be-

herrscht worden sei. Das ist ganz im Stile der bisherigen Politik von „Sozialdemokraten“, die geflüstert überfließt, daß die Minderheit in Deutschland dieselbe Politik der revolutionären Praxis treibt wie die Höglunds in Schweden, die auch dort eine Parteispaltung herbeigeführt haben.

Über an die alten Darlegungen von „Sozialdemokraten“ schließt sich eine neuartige sehr merkwürdige Betrachtung an. Das Blatt entschuldigt die deutschen Sozialdemokraten damit, daß sie etwa dem Eroberungswillen deutscher Regierungskreise nicht rücksichtslos genug entgegentreten. Es fehlen nämlich leider den Deutschen alle Garantien dafür, daß, wenn ein solches Vorgehen den Verteidigungswillen schwäche, was immerhin möglich sei, Deutschlands Feinde dann vor seinen eigenen nationalen Rechten halt machen würden. Zum Beweise beruft sich „Sozialdemokraten“ auf die Debatte über Elsaß-Lothringen. Offenbar hätten Scheidemann und Ebert eine kompakte Stimmung der sozialistischen Arbeitermassen hinter sich, wenn sie das Verbleiben Elsaß-Lothringens beim Reiche forderten. Habe doch selbst Haase noch im September 1916 auf der Reichskonferenz den gleichen Standpunkt vertreten und sich nur langsam zur Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen befehrt. „Man hat aber einen sehr starken Eindrud“, setzt „Sozialdemokraten“ hinzu, „daß in diesem Punkte die sozialistische Stimmung in Deutschland so gut wie ungebrochen hinter Scheidemann steht.“ Ebenso ungebrochen stehe aber die französische sozialistische Mehrheit hinter der Forderung Elsaß-Lothringens. Man möge diesen Konflikt unsozialistisch nennen, aber man schaffe ihn damit nicht aus der Welt — in der lebenden Wirklichkeit fühlten leider die Proletarier nicht so, wie sie nach den „heiligen Büchern“ fühlen sollten. Man müsse sich deshalb vor der Illusion hüten, daß der Demokratisierung Deutschlands der Friede folgen werde. Es gäbe Streitfragen zwischen den Völkern, die so entscheidend seien, daß nur Sieg oder Niederlage sie zu lösen vermöchten, wie eben die Elsaß-Lothringische Frage zeige. Oder andersfalls nur eine vollständige Wandlung der politischen Auffassung, der völlige Durchbruch der Idee eines Dauers Friedens durch das Recht.

Man wird kaum festsehen, wenn man diese Darlegung des Stockholmer Parteiblattes als Resignation gegenüber dem Stockholmer Friedenswerk aufsaßt. Das letzte Manifest des holländisch-standinawischen Komitees, das eingehende Friedensvorschläge brachte, ist denn in der Tat auch allgemein mit ziemlicher Gleichgültigkeit aufgenommen worden. So weit die deutsche Parteipresse noch dazu Stellung genommen hat, hat sie diese Art von Friedensvorschlägen entschieden zurückgewiesen. Als Punkte, welche die Kritik besonders herausfordern, heben wir hervor: Türkisch-Armenien soll unabhängig werden, Elsaß-Lothringen soll durch Volksabstimmung über seine Staatszugehörigkeit entscheiden, die Tschechen in Oesterreich und Ungarn sollen zu einem geschlossenen Teilstaat zusammengefaßt werden, aber Finnland soll im Verband des russischen Reiches bleiben und Irland im Rahmen Großbritanniens. Standern soll nicht einmal die selbständige Verwaltung sondern nur eine nebelhafte „kulturelle Autonomie“ erhalten, Deutschland soll Schadenersatz an Belgien zahlen, dessen Höhe das Haager Schiedsgericht festsetzen soll. Gegen die Vorschläge des holländisch-standinawischen Komitees über die Neuordnung auf dem Balkan hat die bulgarische Sozialdemokratie bereits den schärfsten Protest erhoben. Die Friedensvorschläge der neutralen Sozialisten entziehen nur neuen Streit über die Einzelheiten der Friedensbedingungen, geben aber keinerlei Weg an, wie man endlich zu Friedensverhandlungen und zum Friedensschluß gelangen könnte. Dieses Manifest von Stockholm ist daher für die Friedensarbeit trotz des darin herrschenden edlen Friedenswillens nicht recht fruchtbar.

Ganz anders steht es mit dem Friedensprogramm des russischen Arbeiter- und Soldatenrats. Wir kannten es bisher nur durch eine Meldung der Petersburger Telegraphenagentur vom 20. Oktober 1917, und da machte es den Eindruck, dem Stockholmer Manifest sehr ähnlich zu sein. Aber diese Beurteilung wäre falsch; denn die amtlich russische Wiedergabe dieses wichtigen Dokuments ist, wenn nicht direkt gefälscht, so mindestens höchst ungenau. Die Beschlüsse des Zentralausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte sind Anweisungen an ihren Vertreter für die Entente-Konferenz. Er enthält zunächst den Antrag, für das vollständig freie Selbstbestimmungsrecht Polens, Litauens und der baltischen Provinzen einzutreten. Die Petersburger Telegraphenagentur spricht statt dessen von Autonomie. Sie spricht gleichfalls von Autonomie für die Dobrudscha, während die russischen Arbeiter- und Soldatenräte auch für diese völlig freies Selbstbestimmungsrecht fordern. Und so sind im einzelnen noch viele Abweichungen. Die Hauptsache an dieser Friedensanweisung hat die Petersburger Telegraphenagentur aber vollkommen unterschlagen. Es ist ein Kapitel überschrieben: „Die Wege zum Frieden“. Die Arbeiter- und Soldatenräte fordern Beseitigung der alten Entente-Verträge und Abschluß neuer nicht mehr geheimer Bündnisverträge auf der Grundlage des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Und dieser Forderung sehen sie hinzu:

„Wie konkret die Kriegsziele in dem (neuen Entente-) Vertrag auch formuliert sein mögen, muß doch darauf hingewirkt und hervorgehoben werden, daß die Allierten bereit sind, in Friedensverhandlungen zu treten, sobald die Gegenpartei sich damit einverstanden erklärt, unter der Bedingung, daß alle Parteien auf Gewalt Eroberungen verzichten.“

Auf diesem Wege könnte in der Tat ein baldiger Friede zustandekommen. Nun täuschen sich die Arbeiter- und Soldatenräte freilich nicht darüber, daß ihr Friedensprogramm für einen großen Teil der Pariser, Londoner, römischen und Washingtoner Presse nichts als eine Einleitung zu wut-indigenden Artikeln sein werde. Aber sie wenden sich an die Entente-Völker und Entente-Sozialisten selbst, daß diese ihre Regierungen auf den richtigen Weg zwingen sollen.

Wir billigen das Friedensprogramm der Sowjets rückhaltlos und haben die Hoffnung, daß die neuen deutschen Siege den Zeitpunkt beschleunigen werden, an dem die Entente-Völker ihre Regierungen zur gleichen Anerkennung zwingen werden. Einstweilen freilich lassen sie den Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte überhaupt nicht in den Konferenzsaal herein. Einstweilen freilich — darin hat Brantings „Sozialdemokratie“ recht — entscheidet leider noch immer nicht Demokratie und Recht, sondern allein Sieg oder Niederlage.

## Die Kanzlerkrise.

Die Pressestimmen, die bis zum Mittwoch abend vorlag, ließen erkennen, daß eine Kanzlerschaft Hertling sehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit getreten ist, und zwar soll das Amt des preussischen Ministerpräsidenten mit dem des Reichskanzlers verbunden bleiben. Für das letztere treten mit aller Entschiedenheit auch die Nationalliberalen ein. So schreibt die „Nationallib. Korresp.“ zu dem Gedanken, Herrn Michaelis als preussischen Ministerpräsidenten zu belassen:

„Auch Preußen braucht gegenüber den inneren Aufgaben, die sich ohne Kämpfe nicht werden lösen lassen, an seiner Spitze einen eminent politischen Kopf. Dafür einen Mann auszuwählen, der an anderer Stelle politisch geschätzt ist, ist eine Möglichkeit, die selbst in Preußen nicht ins Auge gefaßt werden dürfte. Aber auch in Preußen kommt es darauf an, die politische Führung des Leiters der Politik zu wählen, daß er imstande ist, eine mittlere Linie zwischen den auseinanderstrebenden Parteien innezuhalten. Daß das einem konservativ-orthodoxen Mann wie Herrn Dr. Michaelis gelingen sollte, selbst wenn er eine etwas größere Geschicklichkeit entfaltet als in seiner bisherigen Stellung, ist wohl schwer anzunehmen. Will man auch die gemäßigten liberalen Elemente in eine oppositionelle Stellung hineindrängen, dann mag man den Versuch machen.“

Die „Voss. Zig.“ deutet an, daß im Falle der Ernennung Hertlings der Vizekanzler Helfferich aus seinem Amt scheidend werde. An seine Stelle solle eventl. Herr v. Payer treten. Weiter verlautet, nach derselben Quelle, daß Hdg. Dove das preussische Handelsministerium übernehmen solle, während der Führer der Nationalliberalen, Geheimrat Friedberg, zum Vizepräsidenten im preussischen Staatsministerium ausersehen sei.

Die „Germania“ schreibt in ihrer Ausgabe vom Mittwoch abend, daß die Verhandlungen nach verschiedenen Seiten weitergeführt werden und fügt hinzu: „Es haben sich dabei gestern und heute neue Gesichtspunkte ergeben, auf Grund deren wir der berechtigten Erwartung Ausdruck geben dürfen, daß eine reifliche befriedigende Lösung der Krise mit dem Grafen Hertling als Reichskanzler und Ministerpräsident zu erhoffen ist.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ unternimmt einen heftigen Ausfall gegen die Sozialdemokratie, die nicht einen Frieden wolle, der die Zukunft des Reichs sichere, sondern lediglich einen solchen, der die Demokratisierung Deutschlands unbedingt gewährleistet. Das Blatt bezweifelt dann die Festigung der jetzigen Mehrheit und sagt:

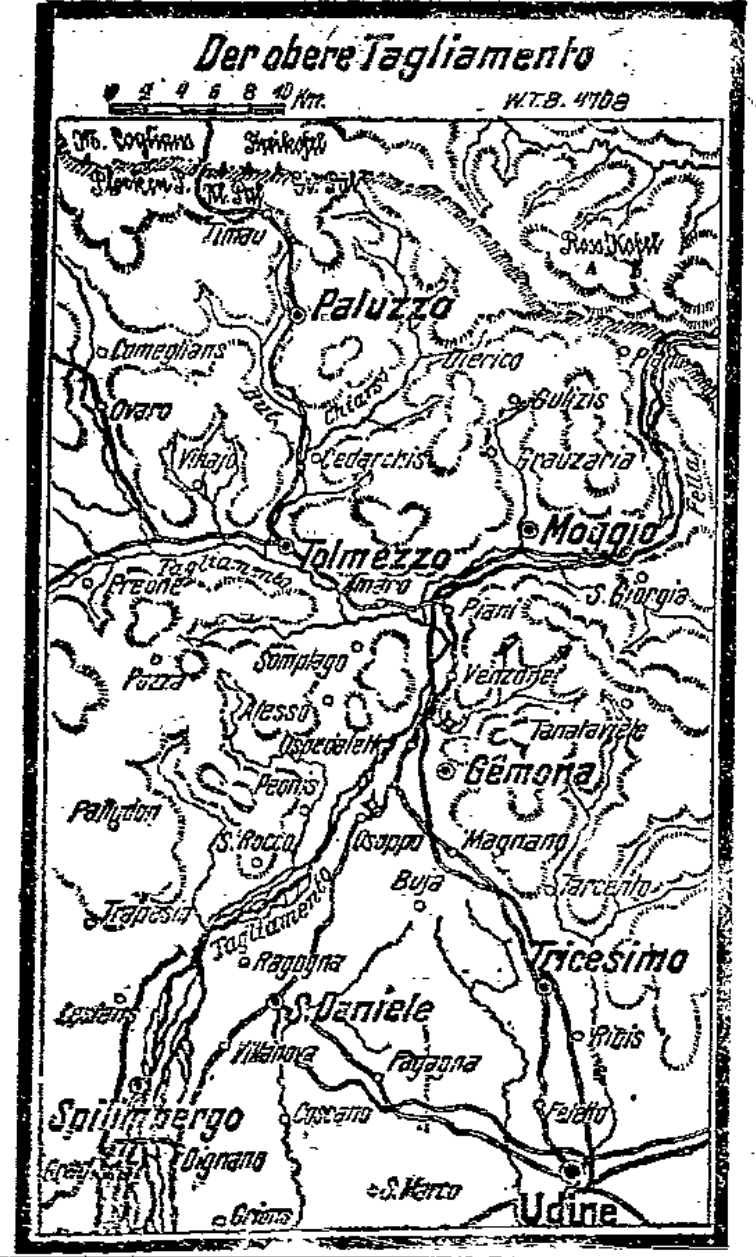
„Steht dem Kanzler aber eine Mehrheit zur Verfügung, die, wie angegeben, als erstes Ziel ihre Einfügung in die heutigen vaterländischen Notwendigkeiten erkennt, dann wird er die Möglichkeit haben, selbst zu führen und sich hierbei auf diese Mehrheit stützen können. Diese letztere Gestaltung wird Deutschland von dem Bann befreien, der heute auf ihn ruht, und zum Siege führen; die erstere Gestaltung führt in das Verderben.“

Die Konservativen sind es offenbar überdrüssig, das „bittere Brot der Minderheit“ zu essen und wollen alles daran setzen, wieder größeren Einfluß auf die Regierung zu gewinnen.

## Die Kriegslage.

Während in Italien der Siegeslauf der Verhandlungen langsam Fortgang nimmt, bereitet die deutsche Flandern-Armee der Engländer am 30. Oktober wiederum eine schwere, blutige Niederlage. Dort verringerten sich in der letzten Woche die Patzen zwischen den einzelnen Großkampfbattaljonen. Nach dem schweren Niederbruch der englisch-französischen Hauptangriffe am 22. und 23. Oktober begann am 30. Oktober nach weiterer Artillerievorbereitung und langandauerndem Trommelfeuern der englische Angriff gegen die Front vom Hochhauser-Wald bis zum Kanal von Hellebeke. Trotz des Regenwetters warf der Feind durch den kühnsten Einsatz der Truppenkörper gegen unsere Linien gewaltige Massen vor, denen die deutsche Reserve gelang, im Reichendeckel halbe sich die Hauptmasse der feindlichen Angriffs massen. Hier gelang dem Gegner unter schweren Verlusten ein Durchbruch über den Ort hinaus. In heftigen, wechselndem Ringen wurde der Ort jedoch durch unsere kühnen Gegenangriffe völlig zurückgeworfen. In die weichen Reihen der Engländer, die im Schloßmace verstanden, schickte das Befehlsgewehr unserer Batterien und Maschinengewehre. Dennoch gelang der Gegner wiederholt zu neuen Angriffen gegen den Ort, die sämtlich unter ungeheuren Opfer für den Angreifer im Feuer, Nahkampf und Gegenangriff scheiterten. Die heftigsten der Charcot-Feuer-Reinigungsgeschäfte begannen, wobei zum Teil schon während der Beobachtung zum Angriff von unserer Front wurden erfüllt. In der weichen Stelle kam es über die erste Entzündung nicht hinaus, aber danach in unseren zugrundeliegenden Schützern blutig schloßen. Um 12 Uhr mittags setzte ein neuer feindlicher Stoß in der Gegend von Pözellapelle ein, der völlig abgewiesen wurde. Hier wiederholte der Gegner um 5 Uhr nochmals seine schweren, heftig vorbereiteten Angriffe gegen unsere Front von Pözellapelle bis südlich von Zouweke. In ernstlichen Kämpfen wurde trotz des starken Regenwetters der feindliche Angriff unter außerordentlich hohen Feindesverlusten abgewiesen. Am Abend des für den Feind so blutigen Tages wurde durch feindliche Aufstellungen bei Pözellapelle durch unser Flugabweisendes Feuer verhindert. Der einzige Versuch der vorgeschobenen englischen Aufstellungen scheint in einer geringen Entzündung unserer Linien von Pözellapelle, die an der letzten Stelle das 30. Wetter betrug. Damit konnte sich der Feind mit hartem Schwerepunkt. Die Städte Wankers und Verandes erlebten während der letzten Nacht. — Der Tag brach ohne großen Erfolg nicht in seiner Bedeutung dem glänzenden Ereignis der Schlacht vom 23. Oktober an.

Das hier eine neue gewaltige Angriff dem Gegner...



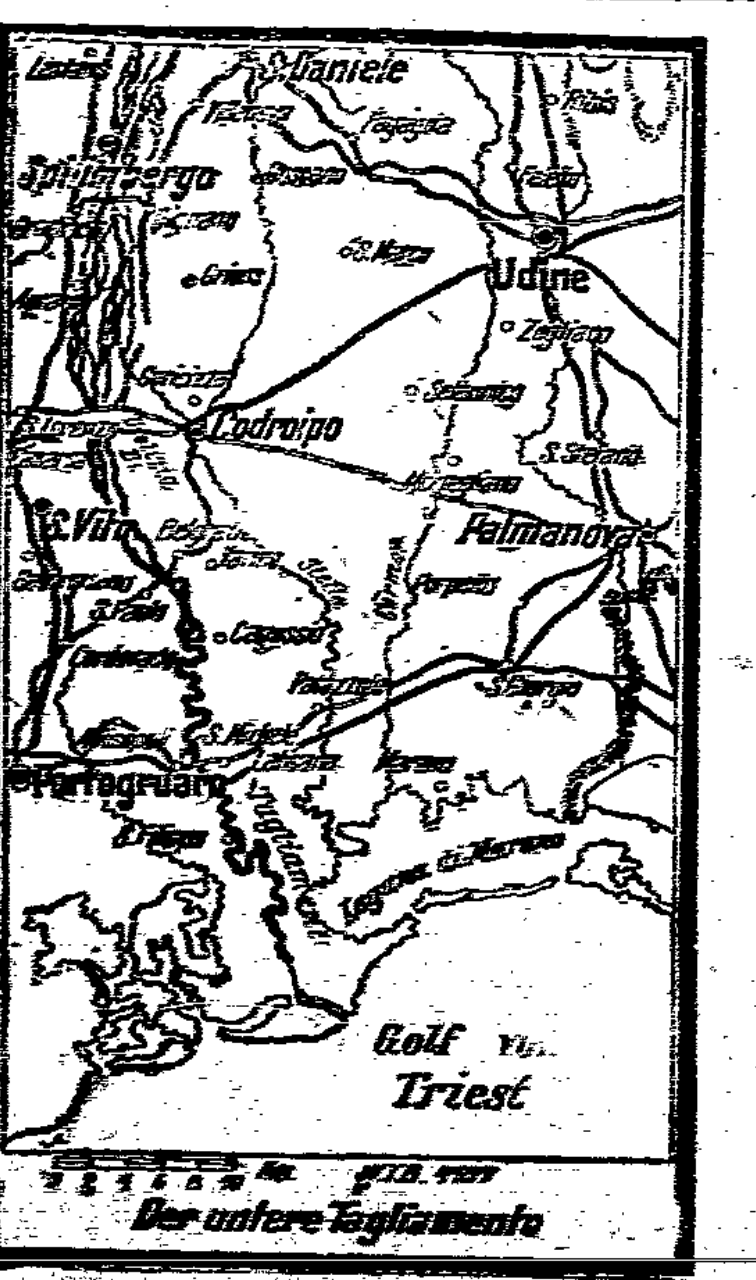
Im Artois und südlich von St. Quentin steigerte sich stellenweise das Feuer erheblich. Nordöstlich von Soissons herrschte an der Kampfront den ganzen Tag starker Artilleriekampf, der sich gegen Abend bei Bray und Cerpy zu großer Stärke steigerte und bis zum Dunkelwerden anhieft. Auch östlich der Maas steigerte sich ebenfalls im Laufe des Vormittags im Chame-Walde das Feuer zu erheblicher Stärke. Ein beschäftigter feindlicher Angriff kam in unserem Vernichtungsbereich nicht zur Ausführung. In der Gegend von Ornes folgte gegen Abend nach starkem Feuer ein feindlicher Vorstoß im Chame-Walde. Er brach im Maschinengewehr- und Handgranatenfeuer blutig zusammen. Bei unserem Angriff am 29. Oktober früh im Chame-Walde wurden außer den gemeldetem Gefangenen noch 24 Maschinengewehre erbeutet. Die Besatzung der Eisenbahnbrücke vom 30. Oktober, nach denen die Franzosen auf dem Courcierkamme einige Gräben eroberten, ist aus der Luft gegriffen.

RIE, Berlin, 31. Oktober, abends. (Mitl.) In Flandern und am Chemin des Dames wechselnde Artillerietätigkeit. Im Osten nichts Besonderes.

In Italien erfolgreiche Kämpfe in der Niederung des Tagliamento. Die Gefangenenzahl hat sich auf über 120000, die Geschützkente auf über 1000 erhöht.

Wien, 31. Oktober. (Mitl.) Die verbündeten Armeen des Feldmarshalls Erzherzog Eugen bringen in den Gebirgen des obersten Tagliamentos und in der venetianischen Ebene plenumäßig vor. Auf den anderen Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

Die gegnerischen Heeresberichte. Französischer Bericht vom 30. Oktober. Südlich von St. Quentin gelang uns ein Handstück auf die deutschen Linien. Wir brachten Gefangene und ein Maschinengewehr zurück. Artillerietätigkeit im Abschnitt Chanignon-Bargan-Filain, Patrouillentätigkeit in der Gegend des Kanals. Eine starke feindliche Abteilung, die sich untern Linien in der Gegend Cerpy zu nähern suchte, wurde mit Verlusten zurückgeworfen. Auf dem rechten Ufer der Maas war der Artilleriekampf sehr heftig auf der Front Chame-Wald-Beconcourt. Wir nahmen dem Feinde wieder einige neue Grabenstücke auf dem Courcier-Kamme. Die Nacht war sonst überall ruhig. Serne nach bewarfen feindliche Flieger Nancy und die Gegend nördlich davon mit Bomben. Eine Person wurde verwundet. Der Schaden ist unbedeutend. Englischer Bericht vom 30. Oktober. Heute früh griffen wir nördlich der Bahn Ypern-Blanken an. Unsere Truppen machten gute Fortschritte. Italienischer Bericht vom 30. Oktober. Während des gestrigen Tages wurde die Rücknahme unserer Truppen auf den beschlossenen Stellungen fortgesetzt. Die von uns ausgeführte Zer-



störung der Sonjo-Brücke mit wirksamer Tätigkeit unserer Detachierungsabteilungen verlangsamte den Vormarsch des Feindes. Unsere Kavallerie nahm Führung mit den feindlichen Vorhut.

### Der unauffaltfame Rückzug.

Schweizer Blätter melden: Nach den neuesten Berichten erscheint es fraglich, ob die italienische zweite und dritte Armee, die zum Teil noch in kurzer Auflösung nach Westen zurückgeht, imstande sein werde, sich am Tagliamento dem Feinde nochmals stellen zu können. Wahrscheinlicher sei die Fortsetzung der Rückzugsbewegung der Sonjo-Armee hinter diesen Fluß. Der Baseler „Nationalzeitung“ zufolge sollen größere italienische Heere im Raume Verona-Bicenza-Verona konzentriert sein.

Engländer und Franzosen an der italienischen Agonzia Stefan meldet aus Rom: Französische und englische Streitkräfte mit Kriegsmaterial sind in der italienischen Kriegzone eingetroffen.

### Frankreich und Belgien.

Frankreich und das Friedensprogramm der Sowjets. Das Fernverbot gegen das Friedensprogramm der Sowjets wurde am Sonntag erlassen. Alle Kommandanten auten ablehnd. Der „Matin“ erkärt zu folgender Antwort an die Adresse des Sowjets ermächtigt zu sein: Die Belatrechungen, die in Paris zwischen den Verbündeten stattfinden werden, stellen keine Konzession dar, nur eine Zusammenkunft auf der derchiedene Kriessmaßnahmen vereinbart werden. Die Friedensfrage und die eventuellen Friedensbedingungen werden dort nicht behandelt werden. Nur die beglaubigten Vertreter der Regierung werden zugelassen werden. Die Verbindungen werden es in vollem ocaenzeitigen Einvernehmen ablehnen, die Ansprüche des Sowjets auch nur einen Augenblick zu besprechen. Sie werden das Mandat Sawinkows nicht berücksichtigen.

### Rußland.

Bruch zwischen Rußland und Finnland. Die der Stockholm Korrespondent der „Frankf. Zn.“ aus Helsinki erzählt, sind die Verhandlungen zwischen Rußland und Finnland bezüglich der Regierungsform Finnlands und der Beziehungen beider Länder gescheitert. Die Beratungen in Helsinki sind abgebrochen. Man bereitet jetzt in Finnland ein vorläufiges Verwaltungsabkommen vor.

### Die Verteidigung Petersburgs.

Der Petersburger Sowjet bildet eine Kommission, die die Möglichkeit der Verteidigung der Hauptstadt untersuchen, die Verantwortlichkeit der Kommandanten kontrollieren und das Verlassen der Hauptstadt durch die Regierung verhindern soll. Das Proletariat vermutet in den Plänen der Regierung, nach Hinweziehung der unerblicklichen Garnison durch den Rückzug nach Moskau, Petersburg von dem Getreidegebiet abzuscheiden und, sich auf die Donkoaken stützend, die Unterwerfung Petersburgs zu erzwingen. Inwieweit nimmt der Einfluß der Bolschewiki zu; Lenin erscheint weder ungehindert in Parteisitzungen und die Bolschewiki beginnen, die unterdrückten Soldatenzeutungen durch neue zu ersetzen und daneben täglich erscheinende Bauernzeitungen herauszugeben.

### England.

#### Sehr richtig!

Die „Daily News“ schreiben anlässlich einer Verpredung der neuen Ententekonferenz zutreffend: Die Alliierten wollen unvermeidlich ihre Bedingungen feststellen, unter denen sie zum Frieden bereit wären und die Grundsätze, die sie bei der Neuordnung der Welt angewendet zu sehen wünschen. Im jetzigen Stadium, sich dieser Pflicht zu entziehen, wäre frevelhaft.

### Ein Sinnfeiner-Konvent.

von über 1700 Abgeordneten besucht, tagte in Dublin. In einer neuen Verfassung wird, einer alten Forderung entsprechend, die Proklamation Irlands zur Republik verlangt. Ein angenommener Organisationsplan erstrebt die Durchdringung des gesamten öffentlichen Lebens mit den Sinnfeiner-Grundsätzen an.

### Italien.

Völlige Grenzsperr zwischen Italien und der Schweiz. Meldung der Schweizerischen Posten-Agentur: Infolge der Grenzsperr ist auch der Zugverkehr mit Stafen vollständig eingestellt worden. Seit Montag fielen die französischen und italienischen Zeitungen aus.

### Allerlei Kriegsnachrichten.

#### Idealismus und Geschäft.

Der bekannte Wiener Völkerrechtslehrer Prof. Lammasch hielt am letzten Sonnabend im österreichischen Herrenhaus eine Rede, in der er sagte: „Ich gebe zu, daß sich unter den Segnern des Verständigungsfriedens auch solche befinden, die aus Idealismus dagegen sind, die große Mehrzahl der Friedensgegner hat aber ganz andere, mehr persönliche Motive, die Erhaltung der unumchränkten Macht, die Ausbeutung von Ländern und Völkern, die gerade das Recht auf Leben haben wie wir; es handelt sich bei anderen um Lantieren und Dividenden der Kriessindustrie, Bucheracemine und anderes.“ Eine Sattpredigt wider den Kapitalismus, die in alle Sprachen der Welt übersetzt zu werden verdient!

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

#### Keine neue Wahlkreiserteilung in Preußen.

Die „Nationallib.“ will aus parlamentarischen Kreisen erfahren, daß die Regierung im großen ganzen die Unterteilung der Wahlbezirke, wie sie auf Grund des Gesetzes vom 27. Juni 1890 besteht, beibehalten und nur einige ganz geringfügige Änderungen vornehmen will, und zwar beabsichtigte sie, diejenigen Wahlkreise, die heute durch nur einen Abgeordneten vertreten sind, und die eine Einwohnerzahl von mehr als 250 000 aufweisen, einen zweiten Abgeordneten zuzubilligen. Hierfür kämen in Betracht die Wahl-



pb. Das Gedächtnis seines Kollegen verstanden. Erwidert und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Verostschin, der vor längerer Zeit den Gedächtnis eines Nebenarbeiters gestohlen, das Gedächtnis eingestiftet und den Inhalt desselben verpackt hatte.

pb. Brotwunder. Festgenommen wurden zwei Arbeiter wegen Wegnehmens mit Brot. Dieselben hatten es verstanden, sich in den Behälter mehrere Brote zu legen, die sie den Arbeitern des Hochofenwerkes zu übermäßig hohen Preisen verkaufen.

pb. Die Bezahlung gestohlen. Festgenommen wurde ein Heizer aus Jheboe, der einigen Leuten der Bezahlung eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers verschiedene Sachen gestohlen hatte.

Cutin. Der liberale Vorstand gegen den Verhandlungsfrieden. Die „Obernburger Nachrichten“ bringen nachstehende Notiz: „Der Vorstand des Liberalen Wahlvereins für das 2. und 3. Wahlbezirk hat dem Reichstagsabgeordneten Althorn mitgeteilt, daß seine Erklärung, vertrauliche Mitteilungen hätten ihn veranlaßt — nicht Fraktionszwang — für die Friedensentscheidung des Reichstags zu stimmen, dem Vorstand nicht überzogen hätten, daß Herr Althorn richtig gehandelt habe. Die Annahme der Friedensresolution sei nach seiner Meinung ein Unglück. Die Wähler des Liberalen Wahlvereins lehnten den Standpunkt Althorns ab.“ — Die Wähler des Liberalen Wahlvereins sind bisher um ihre Meinung überhaupt noch gar nicht befragt worden. Das kommt dem Wert des Beschlusses der genannten Vorstandsmitglieder, die so tun, als seien sie die Wähler.

Hamburg. Für 10000 Mark Benzol gekauft. Beamte des Bahndienstamtes nahmen einen Kraftwagenführer fest, der seit längerer Zeit nach und nach für 10000 Mark Benzol aus einem hiesigen Flugzeugwerk entwendet hat. Mit Hilfe von drei inzwischen ebenfalls verhafteten Helfern legte er den Raub zum Preise von 10 Mark für das Kilo ab. Auch Fleischwaren, Käse, Kaffee und Zucker konnten, den „Mit. Nachr.“ zufolge, bei ihm beschlagnahmt werden. Wahrscheinlich rühren auch diese Waren von Diebstählen her.

Apennin. Tödlicher Unglücksfall. Der Zimmerer Heinrich Hans aus der Löpferstraße, der auf dem Dache des

Dampferpavillons mit Blechschindeln beschäftigt war, stürzte hinunter. Der Verunglückte wurde so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Stade. Lebendig verbrannt. Ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten. Die Mutter hatte sich auf wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat anscheinend keine Schürze über das brennende Licht gehalten, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 31. Oktober. (Umfäh.) Neue U-Boot-Erfolge im Vermessungs. 17000 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große Passagierdampfer, von denen einer bewaffnet war und, nach der während des Sinkens erfolgten Detonation zu urteilen, Munitionsladung führte. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Versenkung eines englischen Munitionsdampfers im Kanal. Rotterdam, 30. Oktober. In der zweiten Oktoberwoche versenkte ein deutsches U-Boot ein englisches Kanalboot eines aus Amerika kommenden bewaffneten englischen Dampfers mit folgender Ladung: 135 75-Millimeter-Feldgeschosse, 30 12-Zentimeter-Handgranaten, 50 000 Feldgranaten, 22 000 12-Zentimeter-Granaten, 15 000 Handgranaten, 20 000 Gewehre, 6 Panzerautomobile, 11 Lastkraftwagen, 500 000 Patronen, 140 Maschinengewehre.

Berlin, 1. November. Der „Vorwärts“ veröffentlicht bereits folgende Liste der Regierung: Graf Hertling, Reichszentraler und Ministerpräsident. Stellvertreter des Reichszentralers: von Panzer (Volkspartei). Stellvertreter des Ministerpräsidenten: Friedberg (Nat.). Preussischer Handelsminister: ein fortgeschrittener Abgeordneter (Dove?). Staatssekretär des Reichs: erziehungsamtlich noch unbekannt.

Dr. Helfferich hat sein Entlassungsgesuch bereits eingereicht. Von Herrn von Radow erwartet man dasselbe.

Zürich, 31. Oktober. Die Gruppe der 142 Abgeordneten in der römischen Kammer hat in der Kammer einen Antrag eingebracht, der für eine gebührende Verantwortung der Papstnote und für die Bereitwilligkeit, einen Frieden zu erlangen, eintritt und einen Beschluß der Kammer hierüber verlangt.

Zürich, 31. Oktober. Die „Neue Zürcher Ztg.“ meldet: Der Stadtpräsident von Rom hat den morgigen Sozialistenkongress verboten.

Kopenhagen, 31. Oktober. Zu der Kandidatur des Grafen Hertling für den Reichszentralerposten meint „Politiken“: Graf Hertling sei gerade von den Kreisen für den Kanzlerposten vorgeschoben, die eine Sprengung des Mehrheitsblocks beabsichtigen. Als Politiker, Diplomat und Persönlichkeit stehe Graf Hertling natürlich weit über Michaelis. Graf Hertling, so heißt es weiter, ist ein Mann alter Schule. Er ist nicht und kann nicht der Mann der Neuorientierung sein, der die Zeichen der Zeit versteht. Er ist ein offener Gegner alldentscher Eroberungspolitik, aber ebenso abweisend und fest in seinem Widerstande gegen die Ideen einer Demokratisierung und Parlamentarisierung. Hertling ist der Mann des alten Deutschlands, seiner Prinzipien, seiner Traditionen. Sein Alter wird ihn daran hindern, das neue Deutschland zu verstehen, das sich trotz alledem langsam durchringt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Schwitz, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänzlich in Lübeck.

## Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Zur Förderung der Winterernte der Bevölkerung mit Kartoffeln gelten bis zum 15. Dezember 1917 folgende Bestimmungen:

I. Bezug von Kartoffeln für die Zeit vom 29. April bis 15. Juli 1918.

Berufen, welche in der Lage sind, Kartoffeln für die Zeit bis zum Beginn der neuen Ernte einzulagern, können Kartoffelkarten zum Bezuge von je 1 Zentner Kartoffeln für die Zeit vom 29. April bis 15. Juli nächsten Jahres erhalten.

Die Karten werden gegen Vorlegung des Lebensmittelscheines in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I, auszugeben zunächst an die Bewohner der Bezirke 1 bis 4 (innere Stadt). Für die Bewohner der übrigen Bezirke wird näheres in einigen Tagen bekanntgegeben.

Die Kartoffeln können bei hiesigen Kartoffelhändlern oder bei Städtischen Kartoffelerzeugern bezogen werden.

II. Gutscheine zu 60 Btg.

Jeder Inhaber von Kartoffelkarten, welcher Kartoffeln gemüßweise von einem von der Städtischen Kartoffelstelle zugelassenen Kartoffelhändler einzunehmen beabsichtigt, erhält für jeden von ihm auf Grund der Kartoffelkarte zu beziehenden Zentner einen Gutschein A im Werte von 60 Btg.

III. Gutscheine zu Mt. 2.10.

Quasibahnbesitzer, welche mit einem steuerpflichtigen Einkommen bis zu Mt. 3000.— und solche, die zur Einkommensteuer nicht veranlagt sind, erhalten auf Antrag einen Gutschein B im Werte von Mt. 2.10 für jeden auf Grund der Kartoffelkarte zu beziehenden Zentner. Bei Stellung des Antrages ist außer den Kartoffelkarten auch der Steuerzettel oder eine Bescheinigung des Steueramtes, daß der Antragsteller nicht zur Steuer veranlagt ist, vorzulegen.

## Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Verbrauchszucker.

Da sich das Eintreffen des für November bestimmten Zuckers wider Erwarten verzögert hat und da ferner die neuen Preise noch nicht bestimmt werden können, wird der Zucker erst im Laufe der nächsten Woche zum Verkauf gelangen. Der Zeitpunkt des Beginns des Verkaufs wird noch bekanntgegeben werden.

Lübeck, den 1. November 1917. (8377)

Das Polizeiamt.

## Kriegs-Brotensammlung



Sammelt Papier!

1 Pfd. geglättetes Papier = 1 Gutschein; 4 Pfd. Anst.-papier = 1 Gutschein.

Haupt-Ablieferungsstag: Sonnabend, den 3. November.

Für jeden abliefernden Sammler an diesem Tage freie Beteiligung an der „Polnischen Wirtschaft“ (neues Spiel!): Jedes Kind 1 Wurf; wer 10 Pfd. und mehr ab-liefert, darf 2mal werfen.

Sammelstelle Salzspeicher Holstenfor.

Geöffnet von 9 bis 1 Uhr, von 3 bis 5 Uhr werktäglich. (8368)

## Ausgabe der Gutscheine.

Die Gutscheine werden im Laufe des November 1917 in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I, zunächst an die Bewohner der Bezirke 1 bis 4 (innere Stadt) auszugeben. Für die Bewohner der übrigen Bezirke wird näheres in einigen Tagen bekanntgegeben werden. Die Ausgabe geschieht nur gegen Vorlegung der Kartoffelkarten nach Abtrennung der entsprechenden Abstände, und zwar werden von jeder Kartoffelkarte mindestens 7 volle Abstände für 49 Pfund, abgerundet auf 50 Pfund geltend, abgetrennt. Zur Erlangung je eines Gutscheines dürfen also nicht mehr als 2 Kartoffelkarten vorgelegt werden.

V. Die Gutscheine dürfen nur bei dem Kartoffelhändler in Zahlung gegeben werden, in dessen Kundenliste der Inhaber der Kartoffelkarte eingetragen ist. Der Name des Händlers wird bei der Ausgabe auf dem Gutschein vermerkt. Anderen Kartoffelhändlern und sonstigen Personen, insbesondere auch Kartoffelerzeugern, ist die Annahme dieser Gutscheine untersagt.

VI. Wiedererlösung der Gutscheine.

Zur Wiedererlösung der Gutscheine geschieht an der Karte der Städtischen Kartoffelstelle durch Zahlung des Gutscheinbetrages an den Berechtigten.

VII. Strafbestimmungen.

Jeder andere Befehl mit diesen Gutscheinen ist unzulässig. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 31. Oktober 1917. (8373)

Wir gratulieren dem Müller Anton Flagemann zu seinem am 2. Nov. stattfindenden 25jähr. Arbeitsjubiläum auf d. Gabel der Genossenschaftsmühle. (8379) Seine Freunde.

Verband der Schneider, Schneiderinn. u. Wäschearbeiter Deutschlands. Filiale Lübeck.

Dem Weltkriege zum Opfer fiel am 1. Oktober im Westen unier Mitglied Joh. Näcker.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

(8375) Die Ortsverwaltung.

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei Otto Albers Markt 4, Kohlmarkt 10. Mügl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

Stadttheater. (8378) Donnerstag, den 1. Nov. 1917 Anfang 7 Uhr: Zur Reformationsfeier: Neuheit!! Neuheit!! Luther a. d. Wartburg Schauspiel v. Friedr. Lienhard. Freitag, den 2. Novbr. 1917: Anfang 6 1/2 Uhr

Aida. (8378) Sonnabend, 3. November 1917: Anfang 7 Uhr: Luther a. d. Wartburg

Bilderleisten einrahmungen Oscar Tschmitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35, Fernruf 2808.

Heimes Werke 3 Bände 6.— Mk. Buchhandl. Ft. Meyer & Co. Johannisstr. 46.

HANSA-THEATER. Sonnabend, 3. Novbr., abends 7 Uhr Vortragsabend Otto Ernst Vortrag eigener Dichtungen. Karten: Musikalienhandlung Robert „Holstenhaus“, Zigarrenhandlung Rührich, Holstenstr. und an der Theaterkasse. (8369)

Schwesternspende. Lose für die Lotteriezugunsten der Schwesternspende sind in den durch Plakate kenntlich gemachten Zigarrengeschäften und Kaufmannsläden zu Mk. 1.— das Stück zu haben. Die wertvollen Gewinne sind im Schaufenster der Firma Heinrich Pagels ausgestellt. (8374) Der Ausschuss für die Schwesternspende.

## Der Ausschuss für Kriegshilfe.

## Vierter Nachtrag

zu der Bekanntmachung über die Beschlagnahme der Kartoffeln aus der Ernte des Jahres 1917 und über die Abgabe von Frühkartoffeln.

I. Kartoffeln deren Verbrauch für die Zeit vom 29. April bis zum 15. Juli 1918 bestimmt ist, dürfen bereits jetzt geliefert werden gegen Abgabe der für diese Zeit besonders angefertigten Kartoffelkarte, welche zur Empfangnahme von einem Zentner Kartoffeln berechtigt.

II. Die Städtischen Erzeuger haben die Kartoffelkartenbesitzer die Kartoffelkarten gegen welche sie Kartoffeln an Lübeckische Erzeuger geliefert haben, an die Städtische Kartoffelstelle abzugeben als Nachweis des Vertriebs der von ihnen gelieferten Kartoffeln. Die Abgabe geschieht bei jedem Erzeuger.

III. Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 31. Oktober 1917. (8372)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Hansa-Theater. Freitag, den 2. November, abends 7 Uhr: Der Stabstrompeter. Große Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Steffens. (8380)

Liberale Volkspartei. Versammlung Sonntag, den 4. November, nachmittags 4 1/2 Uhr in den Stadthallen. Redner: Dr. Carl Petersen aus Hamburg. Mitglied der Bürgerschaft. Thema: Der Frieden nach dem jetzigen Kriege. Alle Frauen und Männer Lübecks werden eingeladen. Der Vorstand. (8371)



